



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung Teil 1 Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 17. September 2024

Vorlagen-Nr. 23-F-65-0002

Einführung des Gewerbeflächenkatasters beschleunigen

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, FW/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 25.01.2023 -
- Beschluss Nr. 38 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 14.03.2023 -
- Vorstellung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes -

Zahlreiche Städte im Rhein-Main-Gebiet verfügen bereits über ein Gewerbeflächenkataster. So hat das bereits seit vielen Jahren in Frankfurt am Main geführte Gewerbeflächenkataster positive Effekte für die zielgerichtete Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe sowie für die aus verschiedensten Gründen notwendige Umsiedlung von Betrieben innerhalb der Kommune wertvolle Dienste geleistet.

Erfreulich ist, dass das regierende Linksbündnis den Mehrwert eines Gewerbeflächenkatasters ebenfalls sieht (einerseits Leerstand und Mindernutzungen feststellen und andererseits eine bessere Vermarktung von Flächen zu ermöglichen). Die aktuellen Entwicklungen zu den drängenden Fragen der Neuansiedlung und Konzentration der Polizeistandorte im Bereich des Petersweg-Ost zeigen, dass es an einem Gewerbeflächenkataster mangelt und die Sache der Beschleunigung bedarf.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1.) wie die aktuelle Praxis bei der Unterstützung von Unternehmen und Behörden verläuft, die sich um neue oder geänderte Standorte auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden bemühen,
- 2.) welchen konkreten positiven Beitrag ein Gewerbeflächenkataster leisten kann und in welchem Bearbeitungsstand die Einführung eines solchen sich befindet.

Beschluss Nr. 6 des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau vom 31.01.2023

Der Antrag der Fraktionen CDU, FDP, FW/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 25.01.2023 wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit überwiesen.

Beschluss Nr. 0038 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 14.03.2023

Der Antrag wird angenommen.

Beschluss Nr. 0075

Die Präsentation von Frau Wachs (Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH) und die mündlichen Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Hinninger und Frau Knetsch (Dezernat II) werden zur Kenntnis genommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2024

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2024

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister